

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2014
13. Jahrgang

IN DIESEM HEFT



Abrüstungspolitisches Frühstück im Bundestag (Foto: Pressehütte, jb)
Was in Berlin und Wien über die Abrüstung der Atomwaffen diskutiert wurde: Seite 1, 3–4

Im Blick: die Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung: **S. 5–8**



Das Österreichische Rote Kreuz simulierte eine nukleare Katastrophe und unterzog alle Konferenzteilnehmer einem Strahlentest
Fotos: Pressehütte Mutlangen, wsh



Lichtstreifen am dunklen Horizont

Bis kurz vor Ende der dritten Staatenkonferenz zu den humanitären Konsequenzen von Atomwaffen schien es so, als würde auch dieses Mal kein wirklicher Fortschritt erreicht werden. Sowohl unter den Vertretern der Zivilgesellschaft als auch auf dem sogenannten diplomatischen Parkett machte sich ab der zweiten Hälfte der Generaldebatte eine leichte Resignation breit. Dass die USA und Großbritannien zum ersten Mal an einer solchen Veranstaltung teilnahmen und auch Indien und Pakistan wieder dabei waren, wurde zunächst als positives Signal gewertet. China, Russland, Nordkorea, Frankreich und Israel boykottierten die Veranstaltung weiterhin.

BEHARREN AUF ATOMWAFFEN

Nach den offiziellen Statements der beiden britischen und US-amerikanischen Delegationen kam die Ernüchterung: Die USA betonten zwar wiederholt, man sei dabei, an der Umsetzung des vollständigen Atomteststopp-Vertrages (CTBT) zu arbeiten und verfolge auch weiterhin das Ziel der nuklearen Abrüstung. Einen Verbotsvertrag lehnen sie jedoch weiterhin entschieden ab. Großbritannien wurde in seiner Rede noch etwas deutlicher und kündigte an, seine Atomwaffen solange zu behalten, wie sie zur Abschreckung und Aufrechterhaltung der „strategischen Stabilität“ notwendig seien. Eine Reduzierung des britischen Arsenal auf 180 Sprengköpfe kündigte die britische Delegierte erst für Mitte der 2020er an. Harsche Worte auf einer Konferenz, die mit 158 Staaten in der Wiener Hofburg nicht nur eine große Resonanz erhielt – größer noch, als es bei den beiden Vorgänger-Konferenzen im mexikanischen Nayarit und in Oslo der Fall war – sondern die auch einzig und allein im Zeichen der

humanitären Perspektive stehen sollte: Mensch und Umwelt im Fokus eines angestrebten Schutzregimes gegen den intendierten oder unfallmäßigen Einsatz von Atomwaffen.

KEINE BEWEGUNG

Entgegen der Hoffnungen vieler zivilgesellschaftlicher Akteure brachte auch das deutsche Statement keinen überzeugenden Schub in die richtige Richtung. Inhaltlich passte sich die Kernaussage den üblichen Formulierungen an, die in Mexiko und Norwegen, aber auch auf der Vorbereitungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) im Frühjahr 2014 abgegeben worden waren. Die deutsche Delegation beharrte auf ihrer ebenso unkonkreten wie risikoscheuen schrittweisen Abrüstung ohne konkreten zeitlichen Rahmen. Der NVV wurde einmal mehr rhetorisch als das ausschlaggebende Regelwerk zementiert, an dem sich die internationale Staatengemeinschaft bei ihren Abrüstungsvorhaben zu orientieren habe. Ganz eindeutig dominiert auf Seiten der deutschen Regierung immer noch die Befürchtung, dass eine Nuklearwaffenkonvention, die eine vollständige Eliminierung der Atomwaffen innerhalb eines gesetzten Zeitrahmens zum Ziel hätte, den NVV ablösen könnte und damit Gefahr liefe, die offiziellen Atommächte USA, Großbritannien, Frankreich, China und Russland vollkommen aus ihren Verpflichtungen zu entlassen. Dieser Ansatz negiert konsequent die Möglichkeit, dass ein Verbotsvertrag auch als parallele Vereinbarung fungieren kann. Nach den Debatten über die Auswirkungen von nuklearen Tests und Angriffen auf das Klima, nach Vorträgen, die Szenarien globalen Winters, Hungersnöte und Massensterben nachzeichneten, und insbesondere nach

→ [weiter auf S. 4](#)



Mauerspechte (Foto: Superikonoskop/Wikipedia). **25 Jahre Mauerfall – wir erinnern an die Wegbereiter der Gewaltfreie Revolution: Seite 9–10**

Wer in Atomwaffen investiert und Wer dagegen protestiert: **Seite 11**

Was Sie im neuen Jahr tun können: **Seite 12**



Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr!

 Pressehütte

Liebe FriedensfreundInnen,
„Friede auf Erden“ singen die Engel in der Weihnachtsgeschichte; ganz im Gegensatz zur damaligen Wirklichkeit. In Palästina, im Nahen Osten gab es keine stille, heilige Nacht. Auch heute tönt von dort die Kriegstrommel und nicht der Friedensgesang zu uns.

Wenn wir im Internet Nachrichten zum Thema Atomwaffen suchen, dann bekommen wir Schlagzeilen wie diese präsentiert: „Will sich ISIS in Pakistan Atomwaffen organisieren?“ Oder „Atomwaffen auf der Krim?“ Oder: „Am Abgrund: die Atomverhandlungen mit dem Iran.“ Oder: „Lassen die Amerikaner ihre Atomwaffen verrotten?“ – Kaputte Silos und fehlendes Werkzeug: Das Atomwaffen-Arsenal der USA ist mächtig in die Jahre gekommen. Deswegen hat die US-Regierung ein milliardenschweres Modernisierungsprogramm auf den Weg gebracht.

Das Fenster für nukleare Abrüstung scheint sich zu schließen. Doch es gibt andere Entwicklungen. Die Nachrichten über die Aktivitäten der Friedensbewegung, über die Staatenkonferenz in Wien zu den humanitären Konsequenzen der Atomwaffen, machen keine Schlagzeilen. Der FreiRaum liefert Ihnen dazu detaillierte Berichte.

2015 werden sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 70. Maljahren. 70 Jahre sind genug. Wir müssen uns engagieren: zu Hause, am Atomwaffenstandort und an den Orten politischer Entscheidungen und Verhandlungen. Es ist besser ein Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu schimpfen.

In diesem Sinne: Gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr!



Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●



Toni de Brum, Aussenminister, mit Phon van den Biesen aus dem Rechtsanwaltssteam der Marshall-Inseln Fotos: Pressehütte/wsh



UNTERWEGS IN BERLIN UND WIEN

Neue Anstöße für die Abrüstung unterstützen

Die nukleare Abrüstung ist in Stocken geraten. Wie können Anstöße gegeben werden, dass 70 Jahre nach den Atomwaffenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki diese Geisel der Menschheit geächtet wird?

Das war die Kernfrage unserer beiden Reisen, die die Pressehütte organisierte: nach Berlin mit den Mayors for Peace und nach Wien mit dem Versöhnungsbund.

KLAGE VOR DEM INTERNATIONALEN GERICHTSHOF

Die Klage der Marshall Inseln gegen alle neun Atomwaffenstaaten ist ein solcher Punkt. Sie nahm daher bei allen Gesprächen eine zentrale Rolle ein. Von den neun beklagten Staaten erkennen nur drei grundsätzlich die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes an: Großbritannien, Indien und Pakistan. Der Internationale Gerichtshof hat die anderen Atomwaffenstaaten angefragt, ob Sie sich für diesen konkreten Fall seiner Rechtsprechung unterwerfen. China hat das abgelehnt. Die anderen reagierten bisher gar nicht. Auch alle Staaten, welche den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet haben, wurden angeschrieben, ob sie dem Verfahren beitreten, denn sie seien als Vertragsmitglieder von der Entscheidung gegenüber Großbritannien mitbetroffen.

In Berlin haben wir erfahren, dass dazu weder bei der Bundesregierung noch bei den Parlamentariern ein intensiver Meinungsbildungsprozess stattgefunden hat. Man will erst einmal abwarten, wie im nächsten Frühjahr die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ausgeht. Im Vorfeld dazu könnte es, so wurde uns angeboten, ein Werkstattgespräch über die Abrüstungsverpflichtung aus dem Artikel VI geben.

Auf den Konferenzen in Wien arbeiteten wir weiter an dieser Idee. Wir trafen Tony de Brum, den Außenminister der Marshall Inseln und Vertreter aus dem Anwaltssteam des Inselstaates. Die Idee des Workshops nimmt damit Gestalt an. Interessant in diesem Zusammenhang war auch eine Passage aus der Rede des UN-Generalsekretärs, die von Angela Kane, der UN-Abgesandten für Abrüstung, vorgetragen wurde, die Abrüstungsverpflichtung gelte über jeglichen

Vertrag hinweg: „Sie ist eine Notwendigkeit des Gewohnheitsrechtes.“ Dies bedeutet, dass sie für alle Atomwaffenstaaten gilt, auch wenn sie den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet haben, wie Israel, Indien und Pakistan, oder ihre Mitgliedschaft gekündigt haben, wie Nordkorea.

SELBSTVERPFLICHTUNG ÖSTERREICHS

Die Wiener Konferenz endete mit einer Selbstverpflichtung Österreichs, die Rechtslücke zu schließen, um ein Verbot und die Eliminierung von Atomwaffen zu erreichen. Sie laden andere Staaten ein, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Wir werden daran arbeiten, dass Deutschland dem österreichischen Vorbild folgt.

IM KOMMENDEN JAHR DEN DRUCK VERSTÄRKEN

Politische Ideen sind das eine. Druck aus der Bevölkerung ist das andere Element, das dazu kommen muss, um den Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Das kommende Jahr bietet uns allen mit dem siebzigsten Jahrestag einen Ansatzpunkt, an den noch immer drohenden Atomtod zu erinnern und für das Verbot und die Abrüstung aller Atomwaffen einzutreten.

Machen Sie zum Jahreswechsel gute Vorsätze, wie Sie sich für den Abzug der Atomwaffen und eine atomwaffenfreie Welt einsetzen wollen. Ideen und Anregungen gibt das Planungstreffen in Hannover. Die Einladung finden Sie auf der Rückseite.

Wir in der Pressehütte beraten und unterstützen Sie gerne, wenn Sie vor Ort eine Veranstaltung planen, wie Sie Ihren Bürgermeister im Rahmen von Mayers for Peace aktivieren können, wenn Sie sich auf eine Blockade in Büchel vorbereiten, wenn Sie die Fastenaktion unterstützen wollen.

Schreiben Sie uns: redaktion@pressehuette.de oder rufen Sie uns an: (0 71 71) 7 56 61

[wsh]



Im Bundeskanzleramt (von links nach rechts): **Dr. Stefanie Haumer** (DRK), **Xanthe Hall** (IPPNW, Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges), **Dr. Otto Jäckel** (IALANA, Rechtsanwälte gegen Atomwaffen), **Marion Schäfer-Blake** (Bürgermeisterin Würzburg), **Susanne Baumann** (Leiterin Referat 211 für Sicherheits- und Abrüstungspolitik, Bundeskanzleramt), **Dieter Kölle** (Bürgermeister Rothenburg o. d. T.), **Dr. Matthias Engelke** (IFOR, Internationaler Versöhnungsbund), **Wolfgang Schlupp-Hauck** (Friedenswerkstatt Mutlangen)

Mit den Mayors for Peace in Berlin

Wolfgang Schlupp-Hauck koordinierte Anfang November eine Delegation der Mayors for Peace.

DIE DELEGATION

bestand aus den Bürgermeistern aus Hannover, Rothenburg o.d.T. und Würzburg. Sie wurden begleitet von Vertretern international aktiver Friedensorganisationen, wie den Ärzten zur Verhinderung eines Atomkriegs (IPPNW), den Juristen gegen Atomwaffen (IALANA) und dem Roten Kreuz sowie von Vertretern aus Aktionsgruppen, die am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel aktiv sind, wie der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und der Fastenkampagne des Versöhnungsbundes. Mutlangens Bürgermeister Seyfried, der Landrat des Ostalbkreises und Stuttgarts Bürgermeister mussten ihre geplante Teilnahme absagen.

Ich bin als einzige Studentin noch „Neuling“ in der Runde und entsprechend gespannt. Bisher hatte mich noch niemand ins Kanzleramt eingeladen. Wir treffen uns in einem Hotel am Hauptbahnhof für ein erstes Kennenlernen und eine inhaltliche Lagebesprechung.

GESPRÄCHSPUNKTE

Die Delegationsteilnehmer forderten, dass die Bundesregierung sich für den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel einsetzt, deren Modernisierung ablehnt und sich weltweit für einen Vertrag engagiert, der alle Atomwaffen verbietet. Die Bundesregierung soll daher die Klage der Marshall-Inseln vor dem Internationalen Gerichtshof mit einer Stellungnahme unterstützen. Das Gericht soll eine Frist festlegen, in der die Atomwaffenstaaten Verhandlungen über die vollständige Abrüstung der Atomwaffen führen müssen.

Nach dem flughafenähnlichen Rundumcheck kommt mir die Atmosphäre im Innern des Kanzleramts recht entspannt vor. In einem Konferenzraum führen wir mit Susanne Baumann, Leiterin des Referats Sicherheitspolitik und Abrüstung, ein sogenanntes Hintergrundgespräch. Das hat den Vorteil, dass sie nicht über jeden Halbsatz zweimal nachdenken muss. Der Nachteil ist, dass wir das Gesagte nicht wörtlich nach außen kommunizieren dürfen, was mir aus journalistischer Sicht ein inneres Haarerufen ist.

KONTROVERSE

Im Bundestag hatte die Friedenswerkstatt Mutlangen Vertreter aller Bundestagsfraktionen zu einem Abrüstungspolitischen Frühstück eingeladen. Das Frühstück wird in einem großzügigen Konferenzraum am politisch bedeutsamen runden Tisch eingenommen. Die Resonanz von Bundestagsseite ist nicht übel, insbesondere von SPD und Linken, auch ein CDU-Vertreter ist da.

Das sensible Thema Ukraine und Russland spaltet nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Parlamentarier. Deutlich wird das an einem Disput zwischen einem unserer Vertreter und dem einzigen anwesenden CDU-Abgeordneten. Eine Infragestellung seiner Russlandkritik fasst dieser als Provokation auf – und lässt sich auch nicht beschwichtigen. Statt den Meinungskonflikt ausdiskutieren verlässt der Abgeordnete den Raum und kehrt nicht an den runden Tisch zurück.

Im Auswärtigen Amt traf sich die Delegation mit Botschafterin Antje Leendertse, der Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sie sicherte zu, dass Abrüstung weiterhin ein wichtiges Thema deutscher Politik bleibt, auch wenn die derzeitigen internationalen Krisen Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen erschweren.

Bei dem Hintergrundgespräch mit Frau Leendertse und zwei Mitarbeitern ihrer Abteilung habe ich wieder das Gefühl, dass uns eine sehr kompetente Person gegenüber sitzt, die sich reflektiert mit dem Thema Abrüstung auseinandersetzt und offen auf die Impulse aus der Zivilgesellschaft eingeht. Später ziehen wir in einem Restaurant ein vorläufiges Resümee.

Wir werden nicht aufgeben, auch wenn das Klima in Berlin im Moment rauer geworden ist.

[Julia Berghofer]

Sanfte Töne und ein Paukenschlag – die Gespräche in Berlin waren ein Wechselbad der Gefühle

Die Frauen im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt empfingen die Delegation mit sanften, freundlichen Tönen. Die Bereitschaft zu weiteren Treffen wurde signalisiert. Unser Vorschlag, die 70. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki für ein deutliches Zeichen für Deutschlands Abrüstungswillen aufzugreifen, ist auf Interesse gestoßen.

Im Bundestag dagegen verweigerte ein Abgeordneter eine kontroverse Diskussion, die er selbst ins Rollen gebracht hatte.

Zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel und deren Modernisierung führte der Unionsvertreter umfangreich den im Koalitionsvertrag formulierten Zusammenhang von Verhandlungen zwischen den USA und Russland und dem Abzug der amerikanischen Atombomben in Deutschland aus. Aus seiner Sicht schaffe die russische Aggression in der Ukraine keine Basis für erfolgreiche Abrüstungsgespräche. Er führte aus, dass die russischen Streitkräfte auf ukrainischem Territorium einmarschiert seien. Tausend(e) russische Fallschirmjäger seien über der Ukraine abgesprungen.

Als ein Mitglied unserer Delegation dagegen setzte, dass er nichts von einer Aggression regulärer russischer Streitkräfte gehört habe, eskalierte das Gespräch. Der Abgeordnete erklärte, dass Russland das Völkerrecht gebrochen habe. Ihm wurde entgegnet, dass die NATO und damit auch Deutschland die Vereinbarungen mit Russland zur NATO-Osterweiterung gebrochen habe. Daraufhin stand der Abgeordnete auf und verließ den Raum. Er hörte nicht mehr zu als sein Diskussionspartner die Situation mit der Erklärung entschärfen wollte, dass er als einziger Teilnehmer, der aus Ostdeutschland komme „froh darüber ist, dank des 4-plus-2-Abkommens in einer vertraglich garantierten atomwaffenfreien Zone zu leben“.

Damit war allen Teilnehmern klar, dass wir uns von einer gemeinsamen Erklärung in puncto Abzug der Atomwaffen aus Deutschland entfernt hatten.

Es zeigte sich, die alten Gräben aus dem Kalten Krieg werden wieder aufgerissen. Doch wir werden nicht aufgeben sie zu überwinden.

[wsh]

Die Lücke schließen – Österreich verpflichtet sich selbst

Österreich hat mit seiner Selbstverpflichtung zum Ende der Wiener Konferenz nicht nur einen mutigen Schritt getan, sondern auch einen längst überfälligen. Österreich verpflichtet sich damit, daran zu arbeiten, die rechtliche Lücke zum Verbot und der Vernichtung von Atomwaffen zu schließen.

Ganz offensichtlich benötigt die Staatengemeinschaft derzeit ein starkes Zugpferd, das ihr die Richtung weist. Potenzielle Kandidaten dafür gäbe es genug. Doch eben jene Regierungen, die sich gerne international profilieren, zu denen auch Deutschland gehört, klammern sich lieber an den Status quo. Österreich und die 44 Staaten, die sich der Aufforderung angeschlossen haben, sich öffentlich zu einem Verbotsvertrag zu bekennen, haben begriffen, dass dies die einzige aussichtsreiche Handlungsoption ist.

Botschafter Alexander Kmentt zog in seinem abschließenden Statement die zwingende Schlussfolgerung: „Solange nukleare Waffen existieren, bleibt auch die Möglichkeit bestehen, dass es zu einer nuklearen Explosion kommt“. Die potenziellen Konsequenzen seien, das hätten die Expertengespräche gezeigt, gravierender als bisher angenommen. Das Risiko, dass es zu einer gewollten oder ungewollten Detonation kommt, sei nicht hinnehmbar und steige kontinuierlich. Auch betonte Kmentt, dass ein Einsatz von Atomwaffen keine rein rechtliche Frage sei, sondern vor allem eine moralische. Die Konferenzen zu den humanitären Auswirkungen hätten Zweifel daran aufgeworfen, ob ein Gebrauch dieser Waffen überhaupt mit dem Humanitären Völkerrecht vereinbar sei. Die österreichische Selbstverpflichtung fordert daher alle Staaten auf, insbesondere die Atomkräfte, ihre Abrüstungsverpflichtungen aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags zu erfüllen und dafür mit der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen wie dem Roten Kreuz zusammen zu arbeiten.

Die Selbstverpflichtung kann der Anstoß zum Beginn von Verhandlungen zum Verbot von Atomwaffen 2015 werden. Wann wird Deutschland sich der Selbstverpflichtung seines atomenergie- und atomwaffenfreien Nachbarn anschließen?

[Julia Berghofer]



Im Saal in der Wiener Hofburg drängen sich Diplomaten und Vertreter der Zivilgesellschaft.

Foto: Presselittem, wsh

→ **Fortsetzung von S. 1** den bewegenden Geschichten von Überlebenden wie der Hibakusha Setsuko Thurlow oder Michelle Thomas aus Utah, die als Jugendliche Zeugin einer exzessiven Testreihe der USA gewesen ist, wirkten die kompromisslosen Positionen von USA, Großbritannien ebenso wie Deutschlands zurückhaltendes Lavieren in hohem Maße deplatziert.

ÜBERRASCHENDER LICHTBLICK

Umso überraschender war es, dass am Ende doch noch ein wichtiger Schritt in Richtung umfassender Abrüstung erreicht wurde. Dass dies überhaupt möglich war, ist vor allem dem österreichischen Außenministerium und Botschafter Alexander Kmentt, Direktor der Abrüstungsabteilung im Außenministerium und Vorsitzender der Wiener Konferenz, zu verdanken. In einem von der Zivilgesellschaft und der Staatengemeinschaft sehr positiv aufgefassten abschließenden Resümee setzte sich Kmentt für eine Selbstverpflichtung ein, der sich alle Staaten anschließen können, die ganz offiziell ihre Verpflichtung zur totalen Abrüstung proklamieren möchten. Bisher haben sich 44 Länder angeschlossen, darunter auch Südafrika, die Schweiz, Ägypten und Brasilien. Somit waren sowohl der Beginn der Staatenkonferenz als auch das Ende markante Punkte auf einem Weg zur völligen Abrüstung. Während der Eröffnungszereemonie begrüßten nicht nur der österreichische Außenminister Sebastian Kurz die NGO-Vertreter und staatlichen Delegationen, sondern es gab auch Grußworte vom UN-Generalsekretär, verlesen durch die Hohe Vertreterin der Vereinten Nationen für Abrüstung, Angela Kane, und auch Papst Franziskus schickte eine Grußbotschaft an die Versammlung in der Wiener Hofburg. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft, einen Verbotsvertrag auszuhandeln. Alexander Kmentts „Überraschung“ zum Schluss rundete die Konferenz ab und lässt die Hoffnungen wieder aufleben, dass auf der Überprüfungs-konferenz des NVV im nächsten Frühjahr in New York weitere konstruktive Schritte folgen könnten.

DRUCK AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

Auf Fortschritt und Bewegung waren auch die zivilgesellschaftlichen Vertreter, die aus allen Teilen der Welt nach Wien gereist waren, im Vorfeld eingestellt. Sowohl ICAN als auch das Rote Kreuz veranstalteten ihre eigenen Treffen kurz vor der eigentlichen Staatenkonferenz. Während das Rote Kreuz ein internes Meeting abhielt, war das ICAN Civil Society Forum für alle Interessierten offen und bot am Samstag und Sonntag die Chance, Friedensbewegte aus anderen Regionen kennenzulernen und sich neue Anregungen für eigene Projekte zu holen.

Wie auch bei der Staatenkonferenz, fanden in dem Forum Expertengespräche und verschiedene Podiumsdiskussionen statt. Die Kenyanerin Linnet Ngayu berichtete von ihrem Engagement bei ICAN in Nairobi, junge ICANler aus Berlin stellten ihre Projekte vor, der als „Wildfire“ bekannt gewordene Ex-Diplomat Richard Lennane platzierte sein nukleares Wiesel auf dem „Marketplace“ der NGOs, um auf die opportunistischen „Weasel States“ (zu denen er auch die Niederlande und Deutschland zählt) aufmerksam zu machen, und Mahatma Gandhis Großenkelin Ela Gandhi forderte die Staatengemeinschaft auf, sich am Beispiel Nelson Mandelas zu orientieren. Zum Abschluss des Forums wandte sich die Norwegerin Nosizwe Baqwa an die rund 600 Teilnehmer und appellierte nochmals eindringlich, am Ziel der kompletten Abrüstung festzuhalten.

Und tatsächlich scheint ein Teil der internationalen Gemeinschaft nach dem langen Wochenende in Wien den Wegweiser für einen positiven Ausweg gefunden zu haben. Letztendlich hängt der Erfolg jedoch auch entscheidend davon ab, ob sich auch zugkräftige Nationen wie Deutschland auf diesen neuen Weg einlassen oder weiter in einer unbeweglichen Bündnissolidarität verharren.

[Julia Berghofer]



Im Haus der Wirtschaft in Stuttgart wurde die Erklärung vom Kultusminister und den Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen feierlich unterzeichnet. Fotos: Kultusministerium / Robert Thiele

Friedensbildung stärken!

Der Kultusminister von Baden-Württemberg Andreas Stoch hat am 30. Oktober gemeinsam mit Vertretern von Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Friedensbewegung und der Jugendarbeit eine Erklärung »zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen« unterzeichnet.

Die Erklärung erzeugte im Vorfeld unterschiedliche Kontroversen. Aus der baden-württembergischen CDU wurde kritisiert, dass nun »Organisationen, die früher vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, Zugang zu Schulen bekommen würden«. In den Friedensgruppen, die »Schulfrei für die Bundeswehr« fordern, wurde heftig diskutiert, ob die Erklärung nicht nur eine »Alibi-funktion« hat, um die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr fortzusetzen. So unterschrieben nicht alle. Die Friedenswerkstatt Mutlangen hat sich mit 14 anderen gesellschaftlichen Gruppen zur Unterzeichnung entschlossen.

Dazu gehören die GEW, der Landesjugendring, Vertreter der evangelischen Landeskirchen sowie der Einrichtungen für Jugendpastoral der katholischen Diözesen, die Alt-Katholische Kirche, die Berghof Foundation, Pax Christi, das Friedensbündnis Esslingen, sowie das Mennonitische Friedenskomitee. Gemeinsam und im engen Dialog mit den Unterzeichnenden wird das Kultusministerium als nächsten Schritt konkrete Maßnahmen entwickeln, um die Friedensbildung in Schulen nachhaltig zu stärken – beispielsweise im Bereich der Lehrerfortbildung oder durch den Aufbau einer Servicestelle. Gleiches gilt für die Friedensbildung und zivile Konfliktbearbeitung in der außerschulischen Bildung im schulischen Umfeld.

Von den Landtagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt es in diesem Zusammenhang positive Signale, das Vorhaben mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. [wsh]

Beutelsbacher Konsens: Der Konsens von 1976 legt drei Prinzipien fest: Gemäß dem Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrende Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Nach dem Gebot der Kontroversität (auch: Gegensätzlichkeit) muss etwas, das in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Das Prinzip der Schülerorientierung zielt darauf ab, die Schüler in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen.

Aus der Rede von

Kultusminister Andreas Stoch

☞ Frieden ist ein ebenso kostbares wie zerbrechliches Gut. Es ist die Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft, immer wieder daran zu erinnern, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern tagtäglich von neuem erarbeitet werden muss. Und dies gilt sowohl im großen als auch im kleinen Maßstab.

Für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft gilt es aber, auf allen Ebenen der Konfliktentstehung und -vermeidung anzusetzen. Friedensbildung in Schulen umfasst ein breites Spektrum und findet heute auf vielfältige Weise statt. Neben inhaltlichen Aspekten, wie etwa der Diskussion friedens- und sicherheitspolitischer Fragestellungen, zählen dazu auch Maßnahmen der Gewaltprävention oder Streitschlichtung. Mit der Erklärung, die wir heute unterzeichnen, will das Kultusministerium gemeinsam mit den verschiedenen, hier vertretenen gesellschaftlichen Gruppen ein deutliches Zeichen zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen setzen. ☞

Aus der Rede von **Doro Moritz** (GEW)

☞ Schulische Friedenserziehung darf und kann sich nur auf der Grundlage einer politischen Didaktik vollziehen, die den Intentionen des »Beutelsbacher Konsenses« folgt bzw. nicht widerspricht.

Schulen und ihre Lehrkräfte haben das Recht, Expert/innen jeglicher Bereiche einzuladen. Dazu zählen auch die Friedensorganisationen. [...] Davon wird zurückhaltend Gebrauch gemacht. Die GEW und weitere Organisationen vertreten weiterhin die Forderung nach Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, zu deren Fortbestand sich Ministerpräsident Kretschmann allerdings klar bekannt hat. Ziel unserer heutigen gemeinsamen Erklärung ist es, unabhängig von der bestehenden Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, vielfältige Impulse zu setzen und Maßnahmen zur Stärkung der Friedensbildung zu initiieren. ☞

☞ Pax Christi sucht nach Wegen, wie Konflikte im Kleinen wie im Großen gewaltfrei gelöst werden können. Wir werden den Prozess zur Friedensbildung in diesem Sinne kritisch begleiten und die Landesregierung dabei immer wieder an die Landesverfassung und ihre Aussagen im Koalitionsvertrag erinnern. ☞

MARKUS WEBER,
(Pax Christi Freiburg)

Werben fürs Töten und Sterben

KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN MIT DER BUNDESWEHR IM ÜBERBLICK

Die Bundeswehr hat seit 2008 insgesamt acht Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien abgeschlossen. Ausgangspunkt dieser Vereinbarungen war ein Schreiben des ehemaligen Verteidigungsministers Jung (CDU), der die Ministerpräsidenten aufforderte »eine individuell auf ihr Bundesland ausgerichtete Kooperationsvereinbarung zu entwickeln«.

Die Kooperationsvereinbarungen in ihrer zeitlichen Reihenfolge

1. Nordrhein-Westfalen am 29. 10. 2008 (unter der damaligen CDU-/FDP-Koalition), Modifizierung am 30. 8. 2012 von der rot-grünen Koalition,
2. Saarland am 25. 3. 2009 (noch unter der CDU-Alleinregierung), Modifizierung am 12. 4. 2011 von der CDU-/FDP-/Grüne-Koalition.
3. Baden-Württemberg am 4. 12. 2009 (CDU-/FDP-Koalition), Modifizierung am 14. 8. 2014 (Grüne-/SPD-Koalition)
4. Rheinland-Pfalz am 25. 2. 2010 (SPD-Alleinregierung),
5. Bayern am 8. 6. 2010 (CSU-/FDP-Koalition)
6. Mecklenburg-Vorpommern am 13. 7. 2010 (SPD-/CDU-Koalition)
7. Hessen am 4. 11. 2010 (CDU-/FDP-Koalition)
8. Sachsen am 21. 12. 2010 (CDU-/FDP-Koalition)

Die anderen acht Bundesländer haben keine eigenen Kooperationsvereinbarungen. Die Kooperationsvereinbarungen sichern der Bundeswehr die Möglichkeit, ihre militärische Sichtweise der Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht darstellen zu können. Werbung ist zwar untersagt, doch das Auftreten in Uniform macht dies zum Scheinargument. Die Jugendoffiziere spielen den Türöffner für die Karriereberater der Bundeswehr, die in den Schulen über das Berufsfeld »Soldatin/Soldat« informieren können. Dabei ist die Rolle der Karriereberater zwischen Information und Werbung fließend. Die Karriereberater sind von den Kooperationsvereinbarungen ausgenommen, was deren Möglichkeit, unter den Schülerinnen und Schülern Soldatinnen und Soldaten für das Kriegshandwerk anzuwerben, jeglicher Kontrolle entzieht.

☞ Speziell zur zivilen Konfliktbearbeitung als Thema der Lehrerfortbildung bringen wir Kenntnisse wie auch Erfahrungen mit Fortbildungen mit. Daher sehen wir in der Erklärung eine Chance, Friedensbildung in den Lehrplänen zu konkretisieren – als Grundlage für die LehrerInnenausbildung, den Schullehrer und den außerschulischen Bereich. ☞

RENATE WANIE
(Werkstatt f. Gewaltfreie Aktion Baden)

WEITERE PUNKTE DER ZUSAMMENARBEIT VON KULTUSBEHÖRDE UND BUNDESWEHR

- Die Jugendoffiziere sind in die Aus- und Weiterbildung von Referendarinnen und Referendare sowie Lehrerinnen und Lehrer eingebunden.
- In die Kooperation werden nachgeordnete Bereiche des Ministeriums einbezogen und es gibt einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Bundeswehr an das Kultusministerium

Erst mit der zunehmenden Kritik der Friedensbewegung an den Kooperationsvereinbarungen wurde in der sechsten Vereinbarung in Mecklenburg-Vorpommern der Beutelsbacher Konsens als Grundsatz der inhaltlichen Ausgestaltung aufgenommen. Damit verbunden ist ein Überwältigungsverbot und ein Gebot zur Darstellung gegensätzlicher Meinungen.

Die neuen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg weigerten sich, die Kooperationsvereinbarungen zu kündigen und modifizierten sie lediglich wie folgt:

Nordrhein-Westfalen

Die Jugendoffiziere werden aus der Lehreraus- und -fortbildung ausgeschlossen. Neben den Jugendoffizieren der Bundeswehr können auch Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht eingeladen werden. Allerdings kann hier von Gleichheit keine Rede sein, denn die Bundeswehr hat bundesweit 94 Jugendoffiziere und einen Öffentlichkeitsetat von fast 30 Millionen Euro. Für die Unterstützung der Friedensorganisationen zahlt das Land Nordrhein-Westfalen jährlich 30.000€.

Saarland

Auch hier wurden die Jugendoffiziere aus der Lehrerbildung herausgenommen. Wie in Nordrhein-Westfalen können Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht eingeladen werden. Es wurden aber keine Gelder bereitgestellt.

☞ Die Erklärung ist eine große Chance, das Bewusstsein für gewaltfreies Handeln zu stärken. Wenn Räume eröffnet, Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und Gewaltfreiheit zu diskutieren, wächst der Mut für den Frieden. In Mutlangen ist lebendiges Wissen vorhanden. Gewaltfreiheit, auch im internationalen politischen Diskurs, hat die Kraft gesellschaftliche Bedingungen nachhaltig zu verbessern. ☞

SILVIA BOPP
(Friedenswerkstatt Mutlangen)



Fotos: Joachim E. Röttgers, Graffiti

Baden-Württemberg

Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Anwärter bzw. Referendare entscheiden selbst- und eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme der Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung. Vorher konnten die Referendare zur Teilnahme verpflichtet werden. Die Jugendoffiziere dürfen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben. Das ist besonders wichtig, da z. B. beim Tag der Schulen, an dem mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler in eine Kaserne gefahren werden, die Unterscheidung zwischen Information und Werbung verwischt wird.

Sachsen-Anhalt

Das Kultusministerium in Sachsen-Anhalt hat am 15. 11. 2014 eine Handreichung für Schulen herausgegeben. Darin wird Wert darauf gelegt, dass bei Einladung von Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr darauf zu achten ist, parallel oder zeitnah auch Vertreterinnen oder Vertreter friedenspolitischer Organisationen die Gelegenheit zur Darstellung entgegenstehender Positionen unter vergleichbaren Bedingungen zu gewähren.



☞ Wir als Bildungsgewerkschaft haben eine Verantwortung, die Lehrkräfte zu unterstützen und für eine Stärkung der politischen Bildung und Verantwortung – speziell auch der Friedensbildung – an den Schulen zu sorgen. Die Schule hat hier einen Auftrag nach der Landesverfassung, in der die Friedensbildung ausdrücklich thematisiert wird, was bisher aber unzureichend verankert war. ☞

DORO MORITZ (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

VEREINBARUNGEN MIT DER FRIEDENSBEWEGUNG

Rheinland-Pfalz

Kooperationsvereinbarung mit dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz am 15. 8. 2011. Personen der Friedensbewegung können in den Unterricht eingeladen werden. Die Kooperationsvereinbarung hat die Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz gespalten. Nur ein Teil hat die Vereinbarung unterzeichnet. Deren Kritik, dass die Vereinbarung nichts bewirkt, wird dadurch gestützt, dass seit Sommer 2011 den 500 Einladungen an die Bundeswehr lediglich 6 Einladungen an die Friedensgruppen gegenüberstehen.

Saarland

Seit Juni 2013 gibt es einen Runden Tisch zur Friedenspädagogik, an dem auch Vertreter der Friedensinitiativen teilnehmen. Angestrebt wird die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien, ein Fortbildungsangebot für Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern, themenbezogene Projekttag und Pädagogische Tage.

Baden-Württemberg

Gemeinsame Erklärung des Kultusministeriums und 14 Gruppen der Zivilgesellschaft zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen am 30. 10. 2014. Ziel der Erklärung ist es, die Friedensbildung in Schulen zu verstärken und sie in den Bildungsplänen als fächerübergreifendes Anliegen stärker zu verankern. Die Themen der Friedensbildung werden in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern verstärkt.

❖ **Klaus Pfisterer** Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg

☞ Frieden zu stiften und Frieden zu bewahren ist ein christlicher Grundauftrag. Innerhalb unserer Bildungsangebote nehmen die Themen „Globales Lernen“ und „Internationale Gerechtigkeit“ einen hohen Stellenwert ein, die Kindern vermittelt werden müssen. ☞

ULRICH MÜLLERSCHÖN (Bischöfliches Jugendamt & Bund der Katholischen Jugend, Diözese Rottenburg-Stuttgart)

☞ Für den Landesjugendring ist Erziehung zum Frieden ein wesentliches Bildungsziel. Wir werden konstruktiv an dem Thema Friedenserziehung mitarbeiten und sehen dies als notwendige gesellschaftliche Aufgabe, die auch wir mit wahrnehmen müssen. ☞

JÜRGEN DORN (Landesjugendring)

Aus der Rede von

Susanne Hellstern (Pax Christi)

☞ Die aktuellen Krisen und Konflikte in aller Welt und das Scheitern militärischer Konzepte zu ihrer konstruktiven Bearbeitung bestärken uns, friedliche zivile Alternativen und Konfliktbearbeitungsmechanismen in Schule, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik aufzuzeigen, zu diskutieren, zu etablieren und einzufordern. Stellen wir uns vor, wie Entscheidungsträger der Zukunft handeln würden, die sich intensiv und fächerbergreifend mit ziviler Konfliktlösung, aktiven Beispielen der Gewaltfreiheit, Dialog und Prävention, mit Friedens- und Konfliktforschung auskennen. Denen viele Beispiele von Menschen, die gewaltfrei handeln, geläufig sind. Stellen wir uns vor, diese jungen Menschen von heute wissen um die Hilflosigkeit von Waffenlieferungen und Militärschlägen und finden kreative und gewaltfreie Lösungen für Konflikte. Wenn für sie Frieden mehr als nur Sicherheit und die Abwesenheit von Krieg ist. Dann wäre es Realität, was Albert Einstein forderte: ‚Das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.‘ ☞

☞ Wir werden als Friedenskirche gesehen und bemühen uns, Friedensbildung als eine Haltung der Gemeinde zu etablieren. Wir wollen die Friedenserziehung als Bildungsziel in den Schulen verankern. Ich vertrete die Meinung, dass diese Erklärung, losgekoppelt betrachtet werden soll von der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. ☞

VOLKER HAURY (Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee)

☞ Lieber einen Spatz in der Hand, als eine Taube auf dem Dach. Bisher war es der Friedensbewegung noch nie gelungen, mit einer baden-württembergischen Regierung eine Vereinbarung über Friedensbildung abzuschließen. Das ist schon mal etwas (wobei die Forderung nach Kündigung der Vereinbarung mit der Bundeswehr weiterhin gestellt werden muss). ☞

THOMAS BITTNER (Friedensbündnis Esslingen)

Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« geht weiter

Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung von oben und von unten steht im Mittelpunkt der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden«. Die Kampagne will bis zum Ende des Schuljahres 2015/16 möglichst viele Schulen dafür gewinnen, sich als bundeswehrfrei zu erklären. Dies geht nur mit einem sehr langen Atem.



Auf der Bildungsmesse Didacta, warb die Bundeswehr. Die Friedensbewegung protestierte. [Foto: Jens Volle]

ZEITZEUGEN GESUCHT

Wir möchten eine Liste von Zeitzeugen anlegen, die bereit sind, Unterrichtsbesuche zu machen. Wir suchen Menschen, die bereit sind, Schülerinnen und Schülern ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu berichten. Wer über Erfahrungen mit Krieg, Vertreibung und Flucht, wer über Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung, Friedensdiensten und gewaltfreien Aktionen berichten kann und möchte, kann sich in der Pressehütte melden.

→ Telefon: (0 71 71) 7 56 61

→ E-Mail: post@pressehuette.de

UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE BIS 8. MAI 2015 VERLÄNGERT

Die bundesweite Kampagne setzt sich gegen die Militarisierung von Schulen und Hochschulen und für zivile Bildung und Wissenschaft ein und wird getragen von studentischen Interessenvertretungen, Gewerkschaften, politischen Jugendverbänden, Wissenschaftsorganisationen sowie antifaschistischen- und Friedensorganisationen.

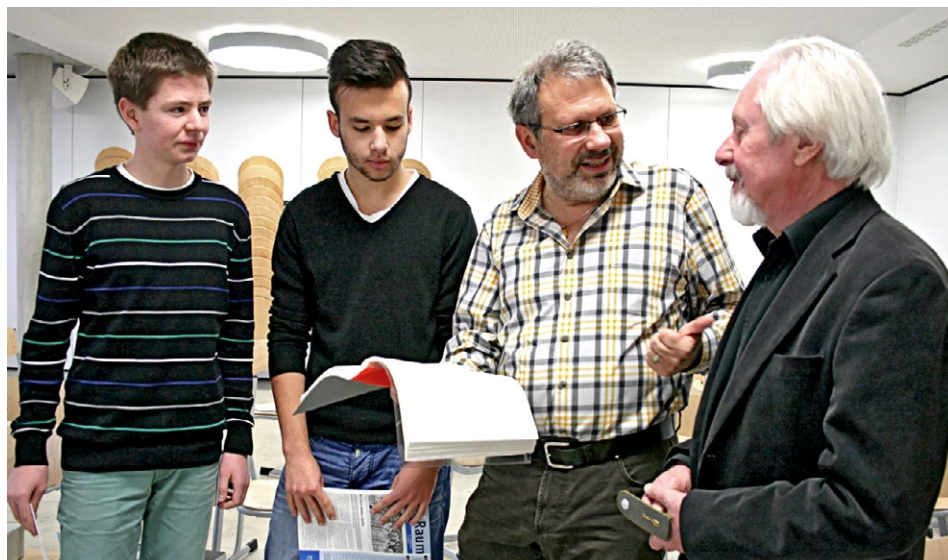
23.007 Unterschriften wurden bereits am 9. Oktober 2014 bei der Kultusministerkonferenz in Essen den politisch Verantwortlichen übergeben. Jetzt kann weiter gesammelt werden, die Kampagne läuft bis zum Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015!

→ www.lernenfuerdenfrieden.de

In Baden-Württemberg wurden in einem ersten Schritt über 80 Schulen in angeschrieben (u. a. Bertha-von-Suttner-Schulen, Albert-Schweitzer-Schulen, Geschwister-Scholl-Schulen, Albert-Einstein-Schulen).

Die Kampagne tritt weiter dafür ein, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr gekündigt wird. Diese Forderung wird nicht zuletzt im Landtagswahlkampf im Frühjahr 2016 eine wichtige Rolle spielen. Nächster Fokus hierzu ist der SPD-Landesparteitag im März 2015 in Singen.

→ www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



Die Friedenswerkstatt Mutlangen organisierte im Rahmen der Friedensdekade im Mutlanger Franziskus-Gymnasium ein Zeitzeugengespräch mit Gottfried Arlt, der in der DDR den Kriegsdienst verweigert hat. Einen Bericht finden Sie im FreiRaum/www.pressehuette.de [Foto: Stefanie Järkel/Kontext]

Die Reportage der Journalistin Stefanie Järkel zum Thema in der Kontext-Wochenzeitung:

→ www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/192/krieg-und-frieden-in-der-schule-2587.html

BILDUNGSTOOL: ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN

Seit 2005 arbeiten die Pressehütte Mutlangen und das Europäische Jugendnetzwerk BANg zusammen, um junge Menschen über Atomwaffen aufzuklären. In zahlreichen Workshops an Schulen und Universitäten, in Jugendgruppen und im Konfirmandenunterricht wurden dabei interaktive Methoden erarbeitet. Diese werden nun, als eine Art »Werkzeugkasten« zusammengefasst, auf dieser Website präsentiert:

→ www.nuclearfreeeducation.de



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch dem Magazin VERSÖHNUNG (www.versoehungsbund.de) beigeheftet.

Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71-7 56 61

Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99

Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollständige Adresse angeben!

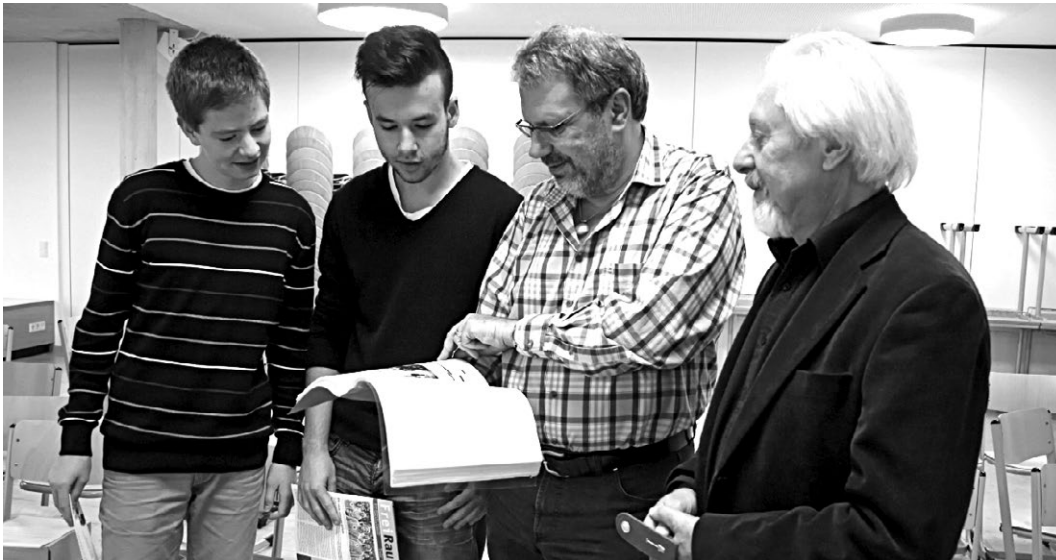
Friedensdekade 2014

Gottfried Arlt erzählt aus seinem Leben als Kriegsdienstverweigerer in der DDR. Im Rahmen der Friedensdekade „Befreit vom Widerstehen“ besuchte Gottfried Arlt den Ostalbkreis. Er erläuterte in seinen Vorträgen: „Dass die Mauer durch eine friedliche Revolution gefallen ist, dazu haben die Kriegsdienstverweigerer in der ehemaligen DDR wesentlich beigetragen“. Der Pfarrer i.R. aus Halle an der Saale sprach vor Schülern des Franziskus Gymnasium in Mutlangen und des Landesgymnasium für Hochbegabte, sowie im Comboni Haus in Ellwangen und im Kloster der Franziskanerinnen in Schwäbisch Gmünd.

KONTAKTE ÜBER DIE MAUER HINWEG

Arlt war auf Einladung der Friedenswerkstatt Mutlangen gekommen. Deren Vorsitzender Wolfgang Schlupp-Hauck hörte Ende der 70er Jahre als Kriegsdienstverweigerer und Demonstrant häufig die Aufforderung „Geh doch nach drüben.“ Er tat es und lernte so gleichgesinnte Pazifisten auf der anderen Seite der Mauer kennen, Arlt gehörte dazu. Sie tauschten ihre Erfahrungen

hen einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR entschieden beigetragen hat“. Um das zu unterbinden, wurden zeitweise die Bausoldaten vereinzelt in verschiedene Kasernen eingezogen. Das konnte nicht durchgehalten werden, weil die Zahl der Bausoldaten stieg, und sie wieder in größeren Gruppen auch in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurden. Dass dies unter gesundheits- und umweltgefährdenden Bedingungen erfolgte, schärfte erneut die Bereitschaft zum Widerstand. Als positiv erlebte es Arlt, dass die evangelische Kirche sich hinter sie stellte, mit einer Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen, welche „den Verweigern in den Straflagern und den Bausoldatendienst, ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn“ zusprach. Arlt berichtete aus dem Alltag der Bausoldaten, die beispielsweise Waldflächen roden mussten. Als seine Einheit zum Bau eines Panzerübungsplatzes eingeplant wurde, kündigte Arlt mit fünf anderen Bausoldaten an, diese Arbeit nicht auszuführen. Sie kamen dafür sechs Monate ins Gefängnis.



Mit Interesse werfen die Schüler einen Blick in die Kopie einer Stasi-Akte

Foto: Stefanie Järkel/ Kontext

und Gedanken zur atomaren Aufrüstung und der Alternative der Gewaltfreiheit aus. Erst nach dem Mauerbau wurde in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. Ein Zivildienst war nicht vorgesehen. Dennoch kündigten zwischen 1962 und 1964 über 1500 junge Männer bei der Musterung an, den „Dienst an der Waffe“ zu verweigern. Arlt gehörte zu ihnen: „Die Einstellung in der Nachkriegszeit ‚Nie wieder Krieg‘ prägte mich. Durch mein Bibelstudium kam ich zu der Einstellung, das ich als Christ kein Soldat sein kann.“ Die Parteiführung entschied sich, einen unbewaffneten Dienst in der Nationalen Volksarmee zu schaffen. Gottfried Arlt gehörte zu den ersten Kriegsdienstverweigerern, die als Bausoldaten eingezogen wurden. Er berichtete, dass 240 junge Männer an vier Standorten eingezogen wurden.

Ein Netzwerk entsteht

„Wir lernten einander kennen, diskutierten miteinander, machten Eingaben an die Armeeführung für einen zivilen Ersatzdienst. So entstand unter den Bausoldaten ein Netzwerk, das zum Entste-

hen einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR entschieden beigetragen hat.“

NÄHRBODEN FÜR DIE FRIEDLICHE REVOLUTION

Viele Bausoldaten hielten auch nach der Dienstzeit Kontakt miteinander, im Rahmen der kirchlichen Arbeit entstanden Friedenswerkstätten, wurde jeweils im November zur Friedensdekade eingeladen. Der hierin sich entwickelnde kritische Diskurs, die vorhandene Bereitschaft zum Widerstehen, bildeten den Nährboden für die friedliche Revolution. Als Pfarrer in der Marktkirche Halle war Arlt bei den Friedensgebeten und Demonstrationen im Herbst 1989 dabei.

In seiner Predigt zum Buß- und Betttag erinnerte Gottfried Arlt an die aktuellen Ungerechtigkeiten und Kriege sowie die durch sie ausgelösten Flüchtlingsströme: „Wir sind aufgefordert, uns als Frucht unseres Glaubens weiterhin für Gerechtigkeit und Frieden nach unseren Möglichkeiten und Gaben einzusetzen.“ [wsh]

Mauern und Gräben überwinden

Die Aufforderung „Geh doch nach drüben“ wurde zu Zeiten des Kalten Krieges vielen Friedensbewegten an den Kopf geworfen. Nicht wenige haben dies tatsächlich gemacht, um für Abrüstung in Ost und West zu werben. So auch ich.

Die Stasi spähte die in der DDR engagierten Friedensaktivisten aus. Über Gottfried Arlt wurde die Akte „Hirte“ angelegt. Ich wurde bei meinen Besuchen auf Schritt und Tritt observiert. In der Akte „Wanderer“ finden sich Kopien von Briefen und Abschriften meiner Telefonate in die DDR, heimlich aufgenommenen Fotos und Minuten genauen Beobachtungsprotokolle. Mitbekommen habe ich von alledem nichts. Erst das Einreiseverbot, das 1982 verhängt wurde machte mir deutlich, dass ich beobachtet wurde.

Die Kontakte zwischen Friedensbewegten wurden von der Stasi argwöhnisch bewacht. Der Sicherheitsapparat suchte dabei nach Hintermännern und Auftraggebern. Gesucht wurde nach staatlichen Aufträgen oder der Zugehörigkeit zu extremen linken oder rechten Gruppen. Dass es Menschen gibt, die aus ihrem Gewissen und aus persönlicher Verantwortung aktiv werden, passte nicht in das Denkschema der Stasi.

Unsere Treffen bestätigten uns in unserem Engagement für Kriegsdienstverweigerung, Abrüstung und Gewaltfreiheit. Sie spornten uns an, dort wo wir lebten gegen Feindbilder einzutreten.

Andere führten einen Dialog mit offiziellen Friedensorganisationen der sozialistischen Staaten und dortigen Politikern. Modelle der Abrüstung wurden auf diese Weise weitergegeben.

Diese Fähigkeit, über Mauern und Gräben aktiv zu werden, brauchen wir auch in den heutigen Konflikten. [wsh]

Abrüsten in Ost und West

Anfang der 80er hatte ich aus der Zeitung erfahren, dass in Jena eine eigenständige Friedensgruppe entstand. Kennenlernen konnte ich sie vor Ort nicht mehr, denn meine Einreise in die DDR war zwischenzeitlich unerwünscht.

Als ich jedoch in den Vorbereitungen zur Prominentenblockade erfuhr, dass Roland Jahn in den Westen abgeschoben wurde, nahm ich mit ihm Kontakt auf. Er war bereit, mit Peter Rösch, der ebenfalls zur Ausreise gezwungen worden war, nach Mutlangen zu kommen. Bei einem evangelischen Pfarrer wurden die beiden untergebracht. Dort wurde ein Transparent „Abrüsten in Ost und West: Schwerter zu Pflugscharen“ gemalt. Damit nahmen die beiden an der Prominentenblockade teil. Wir wollten damit zeigen, dass es uns um weltweite Abrüstung geht. Atomwaffen können nicht in falsche Hände geraten, sie sind in jeder Hand unmoralisch. Festgenommen wurde niemand. Klaus Vack, der Vater der Prominentenblockade, organisierte daher später eine Überraschungsblockade mit bekannten Persönlichkeiten. Am Ende saßen Wolf Biermann und Inge Aicher Scholl vor einem Militärlaster in Mutlangen. Sie symbolisierten den Widerstandsgeist aus verschiedenen Epochen und unter verschiedenen Systemen.

Dieser Widerstandsgeist beförderte das Ende des Kalten Krieges. Es ist bedauerlich, dass zum Jubiläum des Mauerfalls nicht die Kraft der Gewaltfreiheit gefeiert wird, sondern dass alte Freund-Feind-Schemata verstärkt werden.



1983 in Mutlangen: Peter Rösch und Roland Jahn

Foto: Ann-Christine Jansson

Roland Jahn: Vom aufmüpfigen Studenten zum Behördenchef

„Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um“; dieser Liedtitel von Liedermacher Wolf Biermann charakterisiert das Leben von Roland Jahn treffend. Sein Widerstand begann mit öffentlichen Protesten gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns.

Jahn wurde am 14.7.1953 in Jena geboren. In der achten Klasse der Adolf-Reichwein-Oberschule schrieb ein Lehrer ins Zeugnis von Roland: „Er neigt dazu, in Opposition zu treten.“ Nach dem Abitur 1972 leistete er seinen Grundwehrdienst bei der Volkspolizeibereitschaft und nahm 1975 ein Studium der Wirtschaftswissenschaften in Jena auf. Unter dem Vorwurf marxistischer „Wissenslücken“ wurde er 1977 exmatrikuliert und arbeitete fortan als Transportarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena.

UNERSCHROCKENER PROTEST

Jahn demonstrierte weiterhin. Nach einer Protestaktion bei der Militärparade am 1. Mai 1982 wurde er mehrfach festgenommen und verhört. Am 1. September kam er sechs Monate in Untersuchungshaft, weil er die polnische Nationalfahne mit der Aufschrift „Solidarität mit dem polnischen Volk“ an seinem Fahrrad angebracht hatte. Er wurde zu 22 Monaten Haft wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ und „Missachtung staatlicher Symbole“ verurteilt, kam aber nach internationalen Protesten und Berichten in bundesdeutschen Medien wieder frei.

Im März 1983 gründete er mit anderen Oppositionellen im Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte die Friedensgemeinschaft Jena, die für einen Sozialen Friedensdienst eintrat und mit Demonstrationen und weiteren Aktivitäten politische Partizipation einforderte. Die Friedensgemeinschaft war einzigartig, da sie außerhalb öffentlicher und kirchlicher Strukturen wirkte.

ABGESCHOBEN UND WEITER AKTIV

Um sie zu zerschlagen, führte die Stasi die „Aktion Gegenschlag“ durch. Ab Mai 1983 wurden über 40 oppositionelle Friedensaktivisten aus Jena zur Ausreise gezwungen. Anfang Juni wurde auch Jahn in ein Zugabteil eingesperrt, in den Westen abgeschoben.

Nach seiner erzwungenen Ausreise kam er als Teilnehmer der Prominentenblockade vom 1. bis 3. September nach Mutlangen. Er arbeitete dann als Journalist in Westberlin. 1985 reiste Jahn - von einer Auslandsreise kommend - über den Flughafen Berlin-Schönefeld heimlich nach Ost-Berlin und Jena. Hier traf er Oppositionelle, die ihm zurieten, in der Bundesrepublik seine Unterstützung der Friedens- und Menschenrechtsgruppen in der DDR fortzusetzen. Als freier Journalist produzierte er unter dem Pseudonym Jan Falkenberg beim ARD-Magazin Kontraste des SFB mit Peter Wensierski zahlreiche Beiträge zu Opposition, Menschenrechtsverletzungen und Alltag im SED-Staat der 80er Jahre. Bis Ende 1989 wurde er vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auch im Westen verfolgt und abgehört.

AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE



2011 wurde er zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ernannt. In Jena steht auf der Gedenktafel für die politisch Verfolgten in der DDR: „Die Wahrheit wird euch frei machen“. Wolf Biermanns „Ermutigung“ endet mit: „Wir wollen es nicht verschweigen in dieser Schweigezeit. Das Grün bricht aus den Zweigen, wir wollen das allen zeigen, dann wissen sie Bescheid.“ Dies Grundeinstellung und Hoffnung prägen das Wirken von Roland Jahn.

[Josef Wamsler]



Der Internationale Versöhnungsbund machte einen Die-in vor der Commerzbank in Konstanz. Foto: Benjamin Pütter

Weitere Informationen unter www.atombombengeschäft.de

Kreative Aktionswoche »Atomwaffen – Ein Bombengeschäft«

Die Aktionsformen waren von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich. Gruppen legten sich in einem „Die-In“ auf die Straße oder tanzten vor Bankfilialen. In Bonn gab es Live-Musik und in Berlin einen Flashmob. In Frankfurt, Hamburg, Stuttgart und Schwäbisch-Gmünd verkleideten sich Aktivisten als Jogger.

Im Rahmen einer Aktionswoche vom 27. September bis 4. Oktober fanden bundesweit über 20 Aktionen in 15 verschiedenen Städten statt. Schwerpunkt der Aktionen war die Commerzbank, die zusammen mit der Deutschen Bank und Allianz die Top-Drei der deutschen Investoren bildet und Firmen finanziert, die Atomwaffenkomponenten und Trägersysteme produzieren, entwickeln oder warten.

Beim Verteilen der Flyer vor den Filialen wurden Kunden und Passanten auf die Geschäfte mit der „Bombe“ hingewiesen. In einigen Städten konfrontierten die Aktivisten die Filialleitung der Commerzbank mit den Investitionen in Firmen, die Nuklearwaffentechnologie herstellen, wie etwa Boeing und Thyssen Krupp. Boeing ist an der Modernisierung der B-61-Atomwaffen beteiligt, die zu taktischen Nuklearwaffen umgebaut werden sollen. Thyssen Krupp Marines stellte erst vor kurzem ein U-Boot fertig, das nach Israel exportiert wurde. Laut eines israelischen Militärs könne dieses mit Nuklearwaffen bestückt werden.

ANTWORTBRIEF RECHTFERTIGT DIE BOMBENGESCHÄFTE

Die Commerzbank beharrt in einem Antwortbrief auf ihrer angeblichen Vorreiterrolle, die sie durch ihre Waffenrichtlinien einnimmt. Auch in Zukunft werde die Commerzbank „Unternehmen finanzieren, die neben anderen Geschäftsfeldern zu einem geringen Teil auch im Rüstungsgeschäft aktiv sind“. Nur zu ungerne würde man das Wachstum in all den Geschäftsbereichen gefährden, die nichts mit Rüstung zu tun hätten.

Dass die Commerzbank mit den Geschäften ihren eigenen Richtlinien widerspricht, wird von ihr anscheinend wohl wissend in Kauf genommen. Dabei sagen die Richtlinien ganz klar: „Keine Finanzierung von kontroversen Waffen“. Dazu gehören natürlich auch Atomwaffen. Schon die Explosion einer einzigen Bombe hätte katastrophale humanitäre Konsequenzen. Die Missachtung der eigenen Richtlinien lässt Zweifel aufkommen an der „Bank an Ihrer Seite“ und an dem Image der Commerzbank.

NEUE STUDIE ÜBER ATOMWAFFENGESCHÄFTE

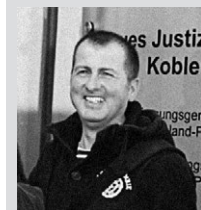
Anfang November erschien die dritte Auflage der Studie „Don't Bank On The Bomb“. Die von der niederländischen Organisation PAX verfasste Studie prüft insgesamt 411 Finanzdienstleister aus 30 Ländern auf ihre Verflechtungen mit Herstellern von Atomwaffentechnologie. Die Ergebnisse der Studie zeigen: auch zehn deutsche Finanzdienstleister investieren in insgesamt 20 Herstellern von Atomwaffentechnologie. Zwar handelt es sich in der Regel um Mischkonzerne, doch die Finanzbeziehungen zu diesen Unternehmen belaufen sich dennoch auf eine Höhe von 7,2 Mrd. Euro. Die mit Abstand stärksten finanziellen Verflechtungen bestehen zu der Firma Thyssen-Krupp (3,4 Mrd. Euro), gefolgt von der europäischen Airbus Group (762 Mio. Euro), an der auch Deutschland beteiligt ist, und dem britischen Rüstungsgiganten BAE Systems (565 Mio. Euro). Auch im Jahr 2015 soll die Kampagne „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“ fortgesetzt werden. Ziel muss es sein, dass deutsche Finanzhäuser die Investitionen in Herstellern von Atomwaffentechnik beenden. So wie es bei Streumunition und Landminen schon längst geschehen ist.

[Philipp Ingenleuf]
Netzwerk Friedenskooperative, Koordinator
von „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“

Zensur zu Büchel: Briefe geschreddert – Atomwaffen- gegner klagt gegen Behörden

Die Verbandsgemeinde Ulmen verteilte Briefe des Atomwaffengegners Hermann Theisen nicht an Kommunalpolitiker, sondern warf sie in den Reißwolf. Ende Juli sandte Hermann Theisen Flugblätter mit einem persönlichen Begleitschreiben an Kommunalpolitiker in der Umgebung des Atomwaffenstandortes Büchel. In dem Flugblatt hatte er Bundeswehrsoldaten aufgefordert, die Öffentlichkeit über die geplante Modernisierung der Bücheler Atomwaffen und damit zusammenhängende Befehle zu informieren.

Die individuell adressierten Briefe wurden jedoch ohne richterliche Weisung vernichtet. Die Briefzensur wurde, wie aus einer Ermittlungsakte zu entnehmen ist, zwischen der Verbandsgemeinde, der Kreisverwaltung und der Polizeiinspektion abgesprachen.



Hermann Theisen, der wegen der Verteilung von Aufrufen zur Blockade freigesprochen wurde (siehe letzten FreiRaum – Im Blick) klagt nun gegen die Behörden wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und Sachbeschädigung.

[wsh]

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte –
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

2015 – 70 Jahre sind genug!

Im August 2015 jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum siebenzigsten Mal. Heute steht die Welt noch immer am Rande eines atomaren Infernos, denn weltweit gibt es nach wie vor etwa 16.000 Atomwaffen, von denen um die 2.000 ständig in höchster Alarmbereitschaft gehalten werden. Das Risiko steigt, dass weitere Länder oder Terroristen in den Besitz von Atomwaffen kommen. Zugleich leiden weltweit viele Menschen unter den Auswirkungen von Atomwaffentests und Uranabbau

MACHEN SIE MIT!

Nehmen Sie die siebenzigsten Jahrestage im August 2015 zum Anlass, um breit über die Atombombenabwürfe, die Atomtests und ihre Opfer aufzuklären, über die aktuellen Modernisierungspläne der Atomwaffenstaaten zu informieren und den einzigen Ausweg aus dieser Bedrohung bekannt zu machen: ein weltweites Verbot von Atomwaffen.

WIR LADEN EIN

zu einem Aktions- und Planungstreffen – Friedensorganisationen und –gruppen, Jugendverbände und Gewerkschaften, Mayors for Peace und humanitäre Organisationen. Das Treffen dient dazu, bereits bestehende Ideen vorzustellen,

auszutauschen und gemeinsam mit neuen Vorschlägen in Verbindung zu bringen:

- Unterschriftenaktion an die Verteidigungsmi-
nisterin bis zum 26. März
- Büchel 65, Blockaden und Aktionen in Büchel
ab 26. März bis 29. Mai
- Flaggentag der Mayors for Peace 8. Juli
- Fastenkampagne 31. Juli bis 9. August
- Nacht der 70.000 Kerzen 6. bis 9. August

BUNDESWEITE PLANUNGS- UND AKTIONS- KONFERENZ »70 JAHRE HIROSHIMA/ NAGASAKI«

31. Januar 2015, 11 - 17 Uhr,
Neues Rathaus Hannover, Trammplatz 2

Anmeldung: Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt"
Koordinator: Roland Blach
c/o DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg
Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Telefon: (07 11) 51 88 56 02
E-Mail: blach@dfg-vk.de

**Unterstützen Sie unsere Friedensarbeit
auch durch eine großzügige Spende, damit
die Vorhaben 2015 gelingen!**

